



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/83 - 10.4.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zu den Spannungen in der FDP	S. 1
Neuwahlen in Italien	S. 3
EVG-Ausstellung in Köln	S. 6
Zur Pariser Tagung der Sozialistischen Internationale	S. 5

## Zwang zur Entscheidung

(sp) Wenn in diesen Tagen in führenden FDP-Kreisen die Möglichkeit einer Verschiebung des Lübecker Parteitages und die Frage erörtert wurde, ob der Parteitag nicht besser unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollte, so ist das ein Kennzeichen der verfahrenen Situation, in die sich die FDP manövriert hat, indem sie seit Jahr und Tag einer Entscheidung darüber, was denn nun die FDP sein soll, ausweicht. In der Furcht vor oder in der Unfähigkeit zu dieser Entscheidung liegen die Ursachen der in Bad Ems beschleunigten Entwicklung der FDP in Richtung einer schwarz-weiss-roten oder stark angebräunten Rechtspartei. Der Parteivorsitzende Blücher, der sich bei den entscheidenden Emser Auseinandersetzungen als "neutral" deklarierte und der bayerische Landesvorsitzende Dehler, der um einen Kompromiss zugunsten Middelhaues so sehr bemüht war, haben die Wegweiser für diese Richtung mit errichtet. Nun geben sich führende FDP-Politiker sehr überrascht darüber, dass in den Fall Naumann Teile des Landesverbandes von Nordrhein-Westfalen verstrickt sein sollen.

Wie wenig der Bundesvorstand der FDP im Grunde zu einer wirklichen Selbstreinigung der Partei fähig ist, machte schon

Anfang des Jahres das Scheitern der Bemühungen um Ausbootung Achenbachs deutlich. Die Folgen sind unausbleiblich. Es geht nun einmal nicht, dass sich eine Parteiführung auf den Standpunkt stellt, es sei möglich von A wie Achenbach bis Z wie Zobelmann alles als Repräsentanz der Partei anzuerkennen, was schon von der MSDAP anerkannt worden war. Es geht auch nicht an, die Wähler im unklaren darüber zu lassen, ob sie es nun mit der FDP des sogenannten Deutschen Programms oder mit der eines erneuerten Liberalismus zu tun haben. Mit Recht werden sich die Wähler auf den Standpunkt stellen, dass dieser erneuerte Liberalismus eine tote Angelegenheit ist, wenn er fortgesetzt vor den offeren und den getarnten Nationalsozialisten kapituliert.

In dieser Frage wird es auf die Dauer keine Kompromisse geben. Der Landesverband der FDP von Nordrhein-Westfalen jedenfalls wird um keinen Deut demokratischer, wenn er Herrn Diwerge "erst einmal gut in der Industrie unterbringt". Wenn er seine offensichtlich sehr hohen Mittel auch für Subventionen an die Unabhängige Deutsche Partei benutzen sollte, so würde das bestätigen, mit welcher Intensität dort das Spiel des Deutschen Programms weiter läuft. Die Farblosigkeit des Bundesvorsitzenden und das Bemühen seines liebenswürdigen, aber weichen Stellvertreters, nur ja keinem der "Nationalen Sammler" auf die Marschstiefel zu treten, werden daran nichts ändern. Die beiden "Kompromiss-Vorsitzenden" können höchstens noch durch "Nichtöffentlichkeit" des Lübecker Parteitages den einstigen Wählern der FDP den Anblick des verletzten Aktes der Tragödie vom Niedergang der "Freien Demokraten" ersparen.

Wie es bisher aussieht, wird man in Lübeck einmal mehr die "Nationalen Sammler" anerkennen, indem man sich nicht eindeutig gegen sie entscheidet und sich der Hoffnung hingibt, die Wähler in der Bundesrepublik hätten noch nicht gemerkt, wie viel nationalsozialistische Vergangenheit in den Reihen der FDP, und damit auch in der Bonner Koalition, mit marschiert. Nun, die Wähler haben es längst gemerkt. Wenn die aufrichtigen Demokraten in der FDP den damit verbundenen Preis mitbezahlen müssen, so entspricht das genau ihrer Verantwortung für die Entwicklung der FDP seit den guten Vorsätzen von Heppenheim.

+ + +

Bestrafte Stuhlbeinwerfer  
-----

v. sch. Rom, Anfang April

Die beste nachträgliche Rechtfertigung für die Notwendigkeit des italienischen Wahlreformgesetzes haben die Kommunisten selber bei seiner endgültigen Verabschiedung durch den Senat geliefert. Denn noch nie und in keinem Lande haben kommunistische Parlamentarier gezeigt, dass es ihnen nicht darauf ankommt, das parlamentarische System zu diskreditieren und zu zerschlagen, wenn es ihren politischen Zwecken entspricht. Die Radau- und Prügelszenen, die sie im Oberhaus aufgeführt haben, um die Schlussabstimmung gewaltsam zu verhindern, stellen alles in den Schatten, was auf diesem Gebiet hier und anderswo geleistet worden ist.

Dass ihre Obstruktion, von der sie wochenlang unter restloser Ausnutzung einer gänzlich veralteten Geschäftsordnung Gebrauch gemacht hatten, schliesslich gebrochen werden konnte, war das Verdienst des neugewählten 76jährigen Präsidenten Professor Ruini, der im entscheidenden Augenblick durchgriff, um das völlig lahmgelagerte Parlament zu retten. Er ordnete kurzerhand die abschliessende namentliche Abstimmung an, die die Opposition durch weitere obstruktionistische Tricks, unter Berufung auf den Buchstaben der Geschäftsordnung so lange hinzuschieben entschlossen war, bis es für die Verkündung des Gesetzes für die kommenden Neuwahlen tatsächlich zu spät gewesen wäre. So hätten die gemeinsam operierenden antidemokratischen Extreme von links und rechts ihren Willen der grossen Mehrheit aufgezwungen. Zweck des Gesetzes ist es aber gerade, zu verhindern, dass im nächsten Abgeordnetenhaus eine negative Mehrheit von Kommunisten und Faschisten entstehe, wie im Deutschen Reichstag und im Preussischen Landtag Anfang der dreissiger Jahre, die die italienische parlamentarische Demokratie ebenso lebensunfähig gemacht hätte, wie das in Deutschland vor zwanzig Jahren geschah.

Als nun die Kommunisten und ihre Nenni-"sozialistischen" Hilstruppen erkannten, dass sie den Obstruktionskampf durch das entschiedene Eingreifen des Präsidenten Ruini verloren hatten, richtete sich ihre Wut auf diesen 76jährigen Mann. Erst wurden die unflü-

tigsten Beschimpfungen gegen ihn geschleudert, dann Papierballen, sodann Bücher und Aktentaschen, schliesslich abgebrochene Stuhlbeine und zerschlagene Pultdeckel, von denen übrigens einige ihr Ziel erreichten und viele andere nur ganz knapp verpassten. Aber der greise Präsident hielt tapfer durch und ging nicht in die Falle, Ausschlüsse zu verkünden oder gar die Sitzung zu unterbrechen. Schliesslich war die Vorlage mit einer klaren absoluten Mehrheit des Hauses angenommen.

Vergeblich wurde von den kommunistischen Führern versucht, den Präsidenten der Republik Einaudi zu überzeugen, dass er seine Unterschrift unter das Gesetz nicht setzen dürfe, weil die Abstimmung geschäftsordnungswidrig vor sich gegangen sei. Die Opposition hatte mit ihrem sechsmonatigen Obstruktionskampf schliesslich nur erreicht, dass der Wahltag auf den 7. Juni anstatt, wie geplant, auf den 31. Mai angesetzt werden musste. Aber sie hat auch etwas anderes erreicht, das sie ganz und gar nicht wünschte: sie hatte nämlich den Beweis erbracht, dass dieser Senat nicht mehr tagungs- und aktionsfähig ist. Normalerweise hätte er nach der Verfassung noch um ein volles Jahr die Kammer überdauern müssen. Alle Parteien schienen grundsätzlich einverstanden, bis dahin eine Reform seiner Zusammensetzung durchzuführen, da nur der erste Senat von 1948 - nach einer besonderen Bestimmung der Verfassung - etwa hundert Senatoren "von rechts wegen" umfasste, die sich als Antifaschisten besonders bewährt hatten, darunter fast die Hälfte Kommunisten und Linksozialisten.

Trotz mancher Bedenken auch bei den Mehrheitsparteien sah die Regierung de Gasperi keinen anderen Ausweg, als dem Präsidenten der Republik Einaudi die gleichzeitige Auflösung beider Parlamentshäuser und auch ihre gleichzeitige Neuwahl am 7. Juni zu empfehlen. Damit fallen die bisherigen etwa einhundert Senatoren "von rechts wegen" unter den Tisch und ihre Parteien müssen zusehen, wie sie die wertvollsten Kräfte unter ihnen, sei es in der neuen Kammer, sei es in nächstem Senat unterbringen. Bei vielen wird es aber nicht gelingen, darunter bei manchen kommunistischen Helden der parlamentarischen Sealschlacht. Manche Stuhlbeinwerfer haben sich damit das eigene parlamentarische Grab geschuafelt.

Sozialistische Internationale tagt in Paris

H.P. Am 11. April wird im Rathaus von Puteaux (Paris) der Generalrat der Sozialistischen Internationale zu einer dreitägigen Sitzung zusammentreten.

Seit der letzten Sitzung dieses Gremiums, im Oktober vergangenen Jahres in Mailand, hat sich die weltpolitische Situation erheblich verändert, so dass dieser Zusammenkunft eine besondere Bedeutung zukommt. Neben rein organisatorischen Fragen werden eine Reihe von Berichten entgegengenommen und diskutiert werden. Eine Anzahl sozialistischer Parteien hat vor kurzem an dem Kongress der Volksfront in Jugoslawien als Beobachter teilgenommen und die Sozialistische Internationale als Ganzes wird nun ihre Haltung zum dortigen Bund der Kommunisten zu klären haben. Eine Befragung aller sozialistischen Parteien lässt darauf schliessen, dass die Internationale selbst keinerlei organisatorischen Bindungen mit den jugoslawischen Kommunisten eingehen, es aber den Parteien überlassen wird, wie sie ihre Beziehungen zu Jugoslawien zu regeln wünschen. Man ist sich im sozialistischen Lager darüber klar, dass Tito zur Festigung seines Widerstandes gegen eine sowjetische Bedrohung die Unterstützung des Westens benötigt und dass nichts getan werden sollte, um die Entwicklung in Richtung auf eine Demokratisierung durch eine von den westlichen Sozialisten unterstützte Isolierung Jugoslawiens<sup>zu</sup> erschweren.

Auch über die leidige Frage von Triest, die das Verhältnis Jugoslawiens und Italiens beeinträchtigt, ebenso wie die Saar das Frankreichs und Deutschlands, wird eine von der Internationale eingesetzte Kommission Bericht erstatten. Die Arbeit dieser Kommission ist aber noch nicht abgeschlossen und wird voraussichtlich erst nach den italienischen Wahlen zu praktischen Vorschlägen führen.

Eine besondere Rolle wird das Verhältnis der europäischen Sozialisten zu den sozialistischen Parteien Asiens spielen. Die sozialistische asiatische Konferenz in Rangoon hat eine Reihe wichtiger Probleme aufgeworfen. Die Sozialistische Internationale ist stolz darauf, dass sie im Gegensatz zur Zeit vor dem zweiten Weltkrieg asiatische sozialistische Parteien in ihren Reihen aufnehmen konnte. Jetzt wird es darauf ankommen, die Wünsche der asiatischen Sozialisten, deren Interessen oft anders gelagert sind, als die europäischen, zu berücksichtigen. Alle europäischen Parteien sind sich darin einig,

dass alles getan werden muss, um bestehendes Misstrauen, auch wenn es gelegentlich noch berechtigt sein mag, zu überwinden, damit die Internationale eine die ganze Welt umspannende Organisation der demokratischen Sozialisten werde.

Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei schliesslich erwähnt, dass die kürzlich abgehaltene Sonderkonferenz über 'Sozialismus und Religion' fünf prägnante Thesen aufstellte, die eine gute Ergänzung zu der Prinzipienklärung darstellen, die 1951 auf dem ersten Kongress der Internationale in Frankfurt beschlossen wurde.

Die Einstellung der einzelnen Parteien zum EWG-Vertrag und zur europäischen Integration, überhaupt wird nicht nur auf der Konferenz selbst behandelt werden, sondern deren Behandlung wird sich allein schon aus der Tatsache des Zusammentreffens führender sozialdemokratischer Politiker ergeben. Sicherlich werden die Vertreter der SPD, unter ihrem Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, Gelegenheit nehmen, besonders mit der französischen Delegation unter Guy Mollet als auch mit der von Aneurin Bevan geleiteten Labour Party Delegation und den Vertretern Skandinaviens Vorschläge zu diskutieren, die die Grundlage für eine wirkliche Einigung ganz Europas bilden können.

+ + +

#### "Messekrieg" in Köln

P.S. Man würde sie für einen Aprilscherz halten, die Meldungen über die "Interne deutsche EWG-Ausstellung" in Köln, wenn sie nicht ein Datum tragen würden, zu dem selbst ein verspätetes In-den-April-schicken nicht mehr üblich ist. Da in der Dienststelle Blank trotz redlichen Bemühens auch keiner zuständig und bereit war, zu dementieren, wird es also zutreffend sein, was man in Messe- und Industriekreisen hört.

Vom 11. bis 15. Mai sollen die Ausstellungshallen in Köln, die sonst frohe Farbenmuster in "Gedichten aus Samt und Seide" oder praktische Küchengeräte zeigen, in einer Sammelschau der deutschen Industrie die Artikel ausstellen, die für Zwecke der EWG geeignet sind. Vermutlich nur, um allein die Leistung sprechen zu lassen, werden Einzelunternehmen nicht sichtbar in Erscheinung treten, und damit die Überraschung für die EWG-Rekanten vollkommen werde, soll die Ausstellung, die der Rüstungsausschuss des Interparlamentarischen Ausschusses angeregt haben soll, für die Öffentlichkeit nicht zugänglich sein.

Soweit der Tatbestand, der alles andere als erfreulich ist.

Politisch darum, weil zu einem Zeitpunkt, in dem die EVG-Aussichten auf dem Nullpunkt stehen, es alles andere als zweckmässig erscheint, einem ungeborenen Kinde eine Montur zu verpassen, die es vielleicht in Jahren einmal tragen kann. Deplaciert ist diese Ausstellung auch darum, weil sie nur ein Ausdruck des Adenauerschen Drängens nach Soldaten sein kann, das offensichtlich den Intentionen mancher westdeutschen Industrielten entspricht, die ein Geschäft wittern. Wir haben nämlich den nicht unbegründeten Verdacht, dass die Initiatoren dieser Ausstellung nicht im Rüstungsausschuss des Interimsausschusses in Paris sitzen, sondern in den Kreisen zu finden sind, die in den Vorzimmern der Dienststelle Blank antichambrieren, und von den prima Heeressocken bis zu den unfehlbaren Todesstrahlen alles anbieten, was den Zusatz "Heereslieferant" hinter dem Firmennamen rechtfertigen würde.

Auch der Einwand zur Verteidigung der EVG-Messe, dass dadurch der Industrie Aufträge für die Ausrüstung bestehender Armeen verschafft werden könnten, sticht nicht. Das Alliierte Sicherheitsamt in Koblenz funktioniert noch so prächtig, dass jede Anfrage ausländischer Interessenten bis in Detail befriedigend beantwortet werden könnte, denn diese Dienststelle hat schliesslich auch festgestellt, dass 100 Feldstecher für die Westberliner Polizei eine gemeingefährliche Stricherteilung aufwiesen, vermittels der man Entfernungen schätzen könne, und es hat erst kürzlich den Bau von Patrouillenbooten für den Bundesgrenzschutz stoppen lassen, weil sie einige Knoten zuviel Fahrt machen könnten. Um zu wissen, was die deutsche Industrie an EVG-Ausrüstung herstellen kann, bedarf es also wirklich keiner Messe, abgesehen davon, dass es in dieser Branche nicht handelsüblich ist, Messen zu beschicken. Hier kann also nur deutscher blinder Eifer seine Hand im Spiele haben.

Im Übrigen darf man studienhalber auf das Angebot gespannt sein, das man in Köln aufbauen will. Hoffentlich vergisst man nicht die in Laufschuhe Marke EVG und den geländegängigen und geräumigen FEW mit 3 Spezial-Rückwärtsgängen. Wenn die Schreibwarenindustrie zudem noch mit modernen und dafür umso bürokratischeren HVD-Formblättern aufwartet, dann kann uns gar nichts mehr passieren, dann ist nur noch die Platte "Lieb' Vaterland magst ruhig sein" zu empfehlen. Wenn die militärischen Zelte in Köln abgebrochen sein werden, dann wird man es auch verstehen, warum in Westdeutschland so viel vom "Messekrieg" die Rede ist. Hoffen wir, dass es trotz des gefährlichen Eifers in den einschlägigen Branchen dabei bleibt.

---

Verantwortlich: Peter Raunau